



## iran-report

Nr. 09/2007

# ایران رپورت

### I. Innenpolitik

Gefeuert: Zwei Minister und der Zentralbank-Präsident / Pasdaran-General wird neuer Vize-Innenminister / Tageszeitung Schargh abermals verboten / Journalisten wegen Verbreitung von Lügen angeklagt / Ohne Reuebekenntnis keine Freilassung / Hochschulprofessoren müssen jede Auslandsreise anmelden / Laridschani: Weltliche Demokratie funktioniert nicht im Islam / Sechs Tote bei Absturz eines Militärhubschraubers / Geheimdienst verhaftet Separatisten / Weitere Hinrichtungen in Iran / 160.000 Afghanen abgeschoben / Osnabrücker Symphonieorchester spielte in Teheran / Größter handgearbeiteter Teppich der Welt vorgestellt

### II. Wirtschaft

Türkei und Iran wollen gemeinsam Kraftwerke bauen / RWE will iranisches Gas aus Türkei-Projekt beziehen / Irak vor Vertragsabschluss über Bau von Ölpipeline in Iran / Irak will von Iran seine Kampfflugzeuge zurückhaben / Russland und Iran verhandeln über Flugzeuglieferung / Iran droht Deutschlands Banken nach deren Rückzug aus dem Land / Neuentwickelte intelligente Bombe / Test von neuen Flugzeugen erfolgreich / Benzin-Rationierung: Iraner fliegen mehr / 9,2 Millionen arme Menschen

### III. Außenpolitik

USA wollen Revolutionswächter als terroristisch einstufen / Parlamentsabgeordnete bekennen sich zu Revolutionswächtern / EU stuft Irans Revolutionswächter nicht als Terrorgruppe ein / Iran und Atombehörde haben Zeitplan für Kontrollen vereinbart / Israels Botschafter appelliert im Atomstreit mit Iran an Berlin / Ahmadedschad in Afghanistan / Ahmadedschad nimmt Einladung zu Irak-Besuch an / Irans Teilnahme am Jahresgipfel der Shanghaier Organisation / Turkmenistan und Iran beraten über Aufteilung des Kaspischen Meeres / Irakischer Sunnit: Iran plant Völkermord an Sunniten / Iraks Armee nimmt nahe der iranischen Grenze 150 Verdächtige fest / Bush: Iran droht die Region in den Schatten eines nuklearen Holocaust zu stellen



*Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 10/2007 Anfang Oktober) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.*

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im September 2007

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:  
Heinrich-Böll-Stiftung  
lorenz@boell.de  
Fax: 030-285 34 - 494  
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

6. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung  
Hackesche Höfe  
Rosenthaler Str. 40/41  
10178 Berlin  
Tel: 030-285 34 - 0  
Fax: 030-285 34 - 109  
Email [info@boell.de](mailto:info@boell.de)  
[www.boell.de](http://www.boell.de)

## I. Innenpolitik

### **Gefeuert: Zwei Minister und der Zentralbank-Präsident**

Irans Präsident Ahmadinedschad hat im Rahmen einer Kabinettsumbildung die Minister für Öl und Industrie ausgetauscht. Ölminister Kasem Vasiri Hamaneh und Industrieminister Ali Resa Tahmasebi reichten ihren Rücktritt ein, wie die amtliche Nachrichtenagentur IRNA am 13. August berichtete. In den größten Zeitungen des Landes hieß es dagegen, Ahmadinedschad habe die beiden praktisch entlassen. Der Schritt wurde als Versuch des Präsidenten gewertet, größere Kontrolle über die Schlüsselindustrien des Landes zu erlangen.

Die staatlichen Medien gaben zunächst keinen Grund für die Kabinettsumbildung an. Das Ölministerium soll den Angaben zufolge vorerst von Gholam Hossein Moghaddam geleitet werden, dem Leiter der staatlichen Ölgesellschaft NIOC. Das Industrieriesort übernimmt zunächst der Geschäftsmann Ali Akbar Mehrabian.

Ölminister Hamaneh selbst erklärte gegenüber der Presse, von seiner Seite habe es keinen Rücktritt gegeben, der Wechsel sei eine „Entscheidung des Präsidenten“. Er sei während seiner zweijährigen Amtszeit als Minister weit erfolgreicher gewesen als erwartet, sagte Hamaneh. Er kritisierte die ständige Einmischung der Kontrollorgane, die aus Missgunst seine Arbeit zu torpedieren versucht hätten.

Industrieminister Tahmasebi kritisierte scharf die Politik des Präsidenten Ahmadinedschad. Er prangerte in seinem am 15. August veröffentlichten Rücktrittsgesuch das Einfrieren der Preise zahlreicher Produkte und die zu geringen Investitionen im Energiesektor an, berichtete die iranische Nachrichtenagentur Fars. Auch die Personalwechsel, die ihm während seiner Amtszeit aufgezwungen wurden, missbilligte er. „Ich biete meinem Bruder (Ahmadinedschad) meinen Rücktritt an, damit er jemanden findet, der auf der gleichen Linie ist wie er“, schrieb Tahmasebi in seinem Rücktrittsgesuch.

Der Minister kritisierte „den Stellenwert“, den das Einfrieren von Verkaufspreisen von Gütern wie Zement, Zucker, Milchprodukte oder Fahrzeuge

in Iran genießt, während die Preise für verarbeitete Produkte stetig stiegen. Die iranische Regierung hat das Recht, die Verkaufspreise vieler Güter festzulegen, deren Produktion sie teilweise auch stark subventioniert. Eine solche Kritik, wie sie der Minister vorbrachte, ist innerhalb der iranischen Regierung nicht üblich. Die Verantwortlichen machen ihre Meinungsverschiedenheiten normalerweise nicht bekannt. Dass Tahmasebi seine Kritik öffentlich äußerte, zeigt, dass die Kritik an der Regierungsführung Ahmadinedschads und dessen zum Teil absurden Entscheidungen immer lauter wird.

Die Entlassung der Minister rief auch den Chef der Justiz, Haschemi Schahrudi auf den Plan. Schahrudi kritisierte mit erstaunlicher Offenheit die Regierung. Der ständige Personalwechsel an der Spitze der Regierung sei weder hilfreich noch ließen sich damit die grundsätzlichen Fehlentscheidungen der Regierung revidieren. Die Politik brauche Kontinuität und einheitliche Führung. Statt Personalwechsel und ad hoc Entscheidungen müssten sachlich fundierte Planungen die Grundlage der Politik bilden.

Mit dieser Kritik rief der Justizchef eine heftige Reaktion der Anhänger Ahmadinedschads hervor. Der Justizchef solle sich lieber um seinen eigenen Laden kümmern und ihn in Ordnung bringen. Ihm sei es nicht erlaubt, sich in die Angelegenheiten der Exekutive einzumischen, verlautete aus der Gegenfront.

Zwei Wochen nach dem Rücktritt der beiden Minister wurde auch der Präsident der iranischen Zentralbank aus seinem Amt entlassen. Laut einer Meldung der Nachrichtenagentur IRNA trat Ebrahim Scheibani am 26. August zurück. Scheibani hatte sich gegen die von Ahmadinedschad im Mai beschlossenen Zinssenkungen ausgesprochen.

Scheibani, der seit 2003 im Amt war, hat in den USA promoviert. Er unterrichtete Wirtschaft an der Teheraner Universität und beriet den reformorientierten Präsidenten Mohammad Chatami. Er stellte sich gegen die am 22. Mai bekannt gemachte und kurze Zeit später umgesetzte Entscheidung der Regierung, den Zinssatz der Staatsbank von 14 auf 12 und den der Privatbanken von 17 auf 13 Prozent zu senken. Unterstützt wur-

de er von Wirtschaftsminister Davud Danesch Djafari.

#### **Pasdaran-General wird neuer Vize-Innenminister**

Eine Schlüsselposition des Innenministeriums wurde mit einem Mitglied der Revolutionswächter (Pasdaran) neu besetzt. Das staatliche Fernsehen berichtete am 26. August, General Alireza Afschar sei zum stellvertretenden Innenminister ernannt worden. Er löst damit Modjtaba Samareh Haschemi ab, der als einer der wichtigsten Berater von Präsident Ahmadinedschad eingestuft wird. Der Einfluss der Pasdaran sowie die Militarisierung der Regierung nehmen damit weiter zu. Der Vize-Innenminister ist unter anderem für die Organisation der Parlamentswahlen zuständig.

Politische Beobachter äußern die Meinung, dass die Radikal-Islamisten um Ahmadinedschad den Wechsel im Hinblick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen im Frühjahr 2008 vorgenommen haben. Meinungsforscher sagen bislang eine Niederlage der Fraktion der Radikal-Islamisten voraus.

#### **Tageszeitung Schargh abermals verboten**

Die iranische Zensur hat am 6. August zum zweiten Mal in einem Jahr die gemäßigte Tageszeitung Schargh verboten. In den Augen der Sittenwächter in Teheran war ein ganzseitiges Interview mit einer in Kanada lebenden iranischen Schriftstellerin, die sich als Lesbe für die Sache der Homosexuellen engagiert, Grund genug für die Schließung. Der zuständige Abteilungsleiter im Kulturministerium sagte, die Dichterin Saghi Ghahreman sei eine „Konterrevolutionärin, die unmoralisches Gedankengut verbreiten will“. Jetzt müssten Gerichte entscheiden, ob mit Schargh endgültig Schluss sei.

Das Blatt war erst im Mai nach einem neunmonatigen Verbot wegen einer als beleidigend eingestuften Karikatur von Präsident Ahmadinedschad wieder erschienen. Chefredakteur Mehdi Rahmani-an sagte der Nachrichtenagentur AFP, das Interview sei mit Ghahreman „als Dichterin“ geführt worden. Die Redaktion sei von den Behörden informiert worden, dass die Exil-Iranerin sich im Internet mit ihrer Homosexualität „brüstet“. Schargh entschuldigte sich

auf der ersten Seite für das Interview mit Ghahreman, deren Einstellung der Redaktion nicht bekannt gewesen sei. Künftig würden solche Gesprächspartner gemieden.

Der Anwalt der Zeitung, Mohammad Alisadeh Tabatabai, sagte, ein Interview mit einem Menschen könne kein Grund für die Schließung einer Zeitung sein, wenn nichts Schlimmes vorgefallen sei. Die konservative Zeitung Kayhan schlachtete den Fall aus und bezeichnete Ghahreman ebenfalls als „Konterrevolutionärin auf der Flucht“, die „die Organisation iranischer Homosexueller lenkt“ und die Ansichten von Dissidenten teile. Homosexualität ist in Iran streng verboten und kann mit der Todesstrafe geahndet werden. Ghahreman unterhält eine Internetseite für Homosexuelle namens „Cheragh“ (Laterne).

Der iranischen Zensur fielen in der Vergangenheit mehrere Medien vorübergehend oder ganz zum Opfer. Dabei handelt es sich durchweg um gemäßigte Zeitungen und die halbamtliche Nachrichtenagentur Ilna.

#### **Journalisten wegen Verbreitung von Lügen angeklagt**

Drei inhaftierte Journalisten wurden wegen Verbreitung von Lügen angeklagt. Sie hätten Falschinformationen an ausländische Betreiber von Internetseiten weitergegeben, sagte ein Justizsprecher am 15. August in Teheran. Die drei Journalisten waren nach Angaben der in Paris ansässigen Hilfsorganisation Reporter ohne Grenzen am 31. Juli beziehungsweise 4. August festgenommen worden. Damit seien derzeit elf Berichterstatter in der Islamischen Republik inhaftiert. Iran sei im Nahen Osten „das größte Gefängnis für die Presse“.

#### **Ohne Reuebekenntnis keine Freiheit**

Said Mortazawi, der schon als Richter landesweit bekannt wurde, weil er Dutzende von Zeitungen verboten hatte, ist heute in Teheran Oberstaatsanwalt und macht auch in dieser Eigenschaft seinen Namen alle Ehre. Die Hinrichtungen der letzten Monate gehen auf seine Initiative zurück. Gesetze, selbst Warnungen des Justizchefs scheinen ihn wenig zu kümmern. „Ich bin niemandem Rechenschaft schuldig,

außer dem Revolutionsführer", hatte er einmal gesagt.

Mortazawis besondere Vorliebe gilt Journalisten und Studenten. Wo immer es einen Vorwand gibt, schickt er kritische Journalisten und aktive Studenten in Untersuchungshaft, sperrt sie in Einzelzellen und zwingt sie durch Folter zu Selbstbezeichnungen. Seine jüngste Attacke richtet sich gegen drei Studenten des Teheraner Polytechnikums.

Wie das Nachrichtenblatt Amirkabir in der Ausgabe vom 19. August berichtet, hat Mortazawi für die drei Studenten Ehsam Mansuri, Ahmad Ghassaban und Madjid Tawakoli, die sich in der Untersuchungshaft befinden, neue Einschränkungen angeordnet. Das Blatt beauftragt sich auf Aussagen der Eltern der drei Studenten, die nach eigenen Angaben von Montazeri zu einem Gespräch in sein Amt bestellt wurden. „Ich habe euch oft gewarnt zu schweigen, keine Interviews zu geben, zu niemanden Kontakt aufzunehmen, aber ihr habt euch nicht daran gehalten“, soll ihnen Montazeri wütend und in einem Befehlstone gesagt haben. „Jetzt habe ich für eure Söhne wieder Einzelhaft angeordnet. Und solange ihr euer Verhalten nicht ändert, werde ich euch keine Besuchserlaubnis erteilen.“

Auf den Protest der Eltern, ihre Söhne hätten sich nichts zuschulden kommen lassen, sie seien durch Folter zu Geständnissen gezwungen worden, erwiderte Montazeri: „Wer hat behauptet, dass sie gefoltert worden sind? Ich muss es wissen und ich sage, sie sind nicht gefoltert worden. Ihr wisst wohl nicht, was Folter ist. Sie haben auch nicht unter Druck Geständnisse abgelegt. Sie sind schuldig, und solange sie sich nicht zu ihrer Tat bekennen und Reue gezeigt haben, wird es auch keine Freiheit geben.“

#### **Hochschulprofessoren müssen jede Auslandsreise anmelden**

Wie die konservative Internetzeitung Baztab berichtet, seien Hochschulprofessoren in einem Rundschreiben des Bildungsministeriums aufgefordert worden, jede ihrer Reisen ins Ausland vor Eintritt anzumelden. Gleichgültig ob es sich um eine Forschungsreise oder Erholungsreise handelt, müsse das Ministerium rechtzeitig über das Vorhaben informiert werden.

#### **Laridschani: Weltliche Demokratie funktioniert nicht im Islam**

Der Sekretär des iranischen Sicherheitsrats, Ali Laridschani, hat den USA erneut vorgeworfen, den islamischen Ländern ihren Lebensstil aufzudrängen zu wollen. „Die USA können islamischen Gesellschaften den amerikanischen Lebensstil nicht gewaltsam aufzudrängen, da die Demokratie auf säkularer Basis (in der islamischen Welt) nicht funktionieren würde“, sagte Laridschani am 20. August bei einer Versammlung islamischer Geistlicher in Teheran. „Der Islam ist in unserem Leben nicht nur Dekoration, ganz im Gegensatz zum Westen, wo der Vatikan als Dekoration fungiert“, sagte Laridschani nach Angaben der Agentur Mehr.

Laridschani, der auch iranischer Atomchefunterhändler ist, hat Washington wiederholt vorgeworfen, seine Werte islamischen Ländern aufzuzwingen zu wollen.

#### **Sechs Tote bei Absturz eines Militärhubschraubers**

Beim Absturz eines iranischen Militärhubschraubers im Nordosten des Landes sind am 18. August sechs Soldaten getötet und fünf weitere verletzt worden. Ursachen für den Absturz seien technische Probleme und schlechtes Wetter gewesen, berichtete die Nachrichtenagentur ISNA unter Berufung auf Behördenvertreter. Dagegen hieß es bei der Agentur Mehr, nach unbestätigten Berichten sei der Hubschrauber während eines Einsatzes gegen Rebellen der Partei für ein freies Leben in Kurdistan (PJAK) abgestürzt.

Erst am Vortag hatte die iranische Armee erneut ein Gebiet im Nordirak angegriffen, in dem sie Stellungen der PJAK vermutete. Die PJAK aus Iran steht der kurdischen Arbeiterpartei PKK aus der Türkei nahe, die das kurdische Autonomiegebiet des Nordiraks seit Jahren als Rückzugsgebiet nutzt.

Offensichtlich planen iranische Truppen eine große Angriffswelle gegen kurdische Rebellen. Lokalpolitiker in der grenznahen Ortschaft Hadsch Omran, die zum kurdischen Autonomiegebiet des Nordiraks gehört, erklärten am 19. August, auf der iranischen Seite der Grenze seien große Truppenverbände zusammengezogen worden.

Der Bürgermeister der Ortschaft Bad-schar, Hussein Ahmad, forderte, das Internationale Rote Kreuz und die Vereinten Nationen sollten den kurdischen Dorfbewohnern helfen, die durch die Angriffe der iranischen Armee in den vergangenen Tagen vertrieben worden seien. Rund 120 Familien müssten mit Zelten und Medikamenten versorgt werden.

Indes hat die iranische Regierung Berichte über eine Flugblatt-Kampagne in den irakischen Kurdengebieten zurückgewiesen. Teheran wisse nichts über entsprechende Flugblätter, zitierte ISNA am 23. August einen Regierungssprecher. Es handele sich vermutlich um eine Propagandaaktion gegen Iran mit dem Ziel, Panik im benachbarten Irak zu schüren.

Im nordirakischen Autonomiegebiet war die Furcht vor einer Offensive der iranischen Armee entlang der gemeinsamen Grenze gewachsen, nachdem Flugblätter aufgetaucht waren, die angeblich von der iranischen Armee stammten. Darin wurden die Iraker in den grenznahen Dörfern aufgefordert, sich vor einem geplanten größeren Angriff der iranischen Streitkräfte und Kämpfer der PJAK in Sicherheit zu bringen.

Am 27. August teilte das Teheraner Außenministerium offiziell mit, dass Iran auf der Jagd nach „Terroristen“ und Waffenschmugglern sei. Außenamtssprecher Mohammad Ali Hosseini sagte der Nachrichtenagentur Mehr, Terroristen und Schmuggler hätten in letzter Zeit eine große Zahl iranischer Soldaten getötet und Waffen nach Iran eingeschleust. Sie nutzten die Präsenz ausländischer Truppen im Irak für ihre Aktivitäten aus. Iran und Irak sollten gemeinsam die zunehmenden „Terroraktivitäten“ im Nordirak unterbinden, forderte Hosseini.

Der türkische Sender CCN-Türk berichtete, iranische Soldaten seien bei Angriffen gegen kurdische Rebellen fünf Kilometer tief in irakisches Gebiet vorgedrungen. Außerdem habe die iranische Armee Lager kurdischer Rebellen in dem Gebiet beschossen. Am 26. August hatte ein Sprecher der irakischen Grenztruppen erklärt, iranische Truppen hätten mehrere Dörfer im nordirakischen Kurdengebiet mit Artilleriefeuer belegt. Der Angriff östlich von Suleinanija sei von iranischem Gebiet aus erfolgt.

### **Geheimdienst verhaftet Separatisten**

Der iranische Geheimdienst hat nach Regierungsangaben in einer ölreichen Provinz des Landes eine Gruppe von Separatisten ausgehoben. Staatliche Medien berichteten am 22. August unter Berufung auf das Informationsministerium, die Beamten hätten in der Provinz Chusestan nahe der irakischen Grenze in den Tagen davor mehrere Mitglieder der Gruppe verhaftet und Waffen sichergestellt.

Die Nachrichtenagentur ISNA meldete, die Gruppe habe versucht, Abspaltungen zu propagieren und andersartige Glaubensformen zu verbreiten. In den Verstecken der Gruppe sei eine beträchtliche Anzahl von Waffen gefunden worden. Weitere Details wurden nicht bekannt. Chusestan im Südwesten Irans gilt als das Herzstück der Ölindustrie des weltweit viertgrößten Lieferanten. Irans Bevölkerung besteht vorwiegend aus Schiiten, in Chusestan leben allerdings zahlreiche Sunniten, die der arabischen Minderheit angehören.

Der Vorwurf Irans, Minderheiten im Land würden von außen unterstützt, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Es gibt zahlreiche Indizien dafür, dass die USA und die Briten schon seit geraumer Zeit versuchen, durch das Schüren der Konflikte zwischen Schiiten und Sunniten und anderer ethnischer Konflikte, das Regime in Teheran zu schwächen. Ebenso wenig ist zu leugnen, dass religiöse und ethnische Minderheiten in Iran zahlreichen Einschränkungen unterworfen sind, die die Betroffenen immer wieder zum Widerstand veranlassen haben.

### **Weitere Hinrichtungen in Iran**

Ungeachtet der weltweiten Kritik hat Iran drei Männer, denen Vergewaltigung vorgeworfen wurde, öffentlich hingerichtet. Wie die amtliche Nachrichtenagentur IRNA am 19. August berichtete, wurden die Männer in dem südwestlich der Hauptstadt Teheran gelegenen Ort Sawe gehängt. Damit steigt die Zahl der Hinrichtungen in Iran seit Mitte Juli auf mindestens 34. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Amnesty International werden in der Islamischen Republik so viele Menschen exekutiert wie in kaum einem anderen Land der Welt.

Die EU hat die Hinrichtungen in Iran wiederholt scharf kritisiert. Iran verteidigt die Praxis damit, dass sie durch die islamische Gesetzgebung gedeckt sei. „Jedes unabhängige Land geht gegen Kriminelle in Übereinstimmung mit seinen Gesetzen vor, und jede Einmischung aus dem Ausland ist de facto eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des betreffenden Staates“, sagte der iranische Außenamtssprecher Mohammad Ali Hosseini bei seiner wöchentlichen Pressekonferenz am 5. August in Teheran.

Die EU hatte sich zuvor „tief besorgt“ über die jüngste Welle von Hinrichtungen in Iran geäußert und die steigende Zahl von Todesurteilen und Exekutionen kritisiert. Seit Jahresbeginn wurden mehr als 120 Menschen in Iran hingerichtet.

In einer in Brüssel veröffentlichten Erklärung hatte die EU-Präsidentschaft Iran im Namen der Gemeinschaft außerdem dazu aufgerufen, die Vollstreckung der Todesurteile gegen die kurdischen Journalisten Adnan Hassanpour und Abdolwahed Boutimar zu stoppen. Die beiden Männer müssten ein faires Verfahren bekommen.

„Was die beiden anbelangt, geht es weder um ihren ausgeübten Beruf noch darum, dass es Kurden sind, sondern um die von ihnen begangenen Verbrechen“, sagte Hosseini, ohne darauf näher einzugehen. Den Männern wird Versündigung gegen Gott und den Islam vorgeworfen – was in Iran als Kapitalverbrechen gilt. Nach unbestätigten Angaben wurden sie nicht wegen ihrer journalistischen Tätigkeit belangt, sondern wegen Verbindungen zur verbotenen iranischen Kurdenpartei.

### **160.000 Afghanen abgeschoben**

Ungeachtet von Protesten aus Afghanistan hat Iran nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks UNHCR in den letzten vier Monaten 160.000 afghanische Flüchtlinge abgeschoben. In den vergangenen Tagen seien indes deutlich weniger Menschen des Landes verwiesen worden, sagte eine Vertreterin der UN-Organisation am 7. August. Möglicherweise sei dies auf eine Beschwerde der Vereinten Nationen (UN) zurückzuführen. Das UNHCR hatte seine Besorgnis über die Vorgehensweise bei den Abschiebungen zum Ausdruck gebracht.

Viele Afghanen arbeiten in Iran auf dem Bau oder als Haushaltshilfen. Die Regierung in Teheran ist der Auffassung, dass etwa die Hälfte der Flüchtlinge illegal eingereist sei und zurückgeschickt werden müsse. Afghanistan hatte die Islamische Republik verblichlich aufgerufen, die Abschiebung zu stoppen, da das Land mit dem Strom der Rückkehrer überfordert sei.

### **Osnabrücker Symphonieorchester spielte in Teheran**

Das Symphonieorchester gab im Rahmen eines Kulturaustauschs Ende August Konzerte in Teheran. Die Musiker trafen zu dem Gastspiel am 27. August in Teheran ein. Sie erwiderten damit einen Besuch des Teheraner Symphonieorchesters in Osnabrück im vergangenen Jahr. Das Orchester aus Niedersachsen hat bei zwei Konzerten Werke von Beethoven und Brahms gespielt.

Es ist die erste größere kulturelle Veranstaltung einer Gruppe aus dem Westen seit dem Amtsantritt des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad. Auftritte von westlichen Musikern sind im Iran seit der Islamischen Revolution von 1979 selten. Der Leiter des Osnabrücker Morgenland-Festivals, Michael Dreyer, hob bei der Ankunft des Orchesters in Teheran das Ziel der Völkerverständigung mit Hilfe der Musik hervor.

### **Größter handgearbeiteter Teppich der Welt vorgestellt**

Der mit 5625 Quadratmetern Fläche größte handgearbeitete Teppich der Welt ist am 31. Juli in Iran vorgestellt worden. 1200 Teppichknüpfer aus drei Dörfern im Nordosten des Landes arbeiteten anderthalb Jahre lang an dem 38 Tonnen schweren Prunkstück, wie der Direktor der Nationalmanufaktur, Jalaeddin Bassam, in Teheran sagte. Geknüpft wurde der mit Motiven in Rot, Grün und Creme gemusterte Teppich den Angaben zufolge aus bester Wolle aus Sirdjan in Südiran und aus Neuseeland. Die Teppichknüpfer stellten zunächst neun getrennte Platten her, die dann später zusammengefügt wurden. Nach Angaben der Organisatoren waren 2,2 Milliarden Knoten nötig, um das Werk von der Größe eines Sportplatzes zu vollenden.

Das umgerechnet 4,2 Millionen Euro teure Stück soll künftig den Boden einer großen Moschee in Abu Dhabi in den Vereinigten Arabischen Emiraten schmücken. Teppiche in ähnlichen Dimensionen will Iran laut Bassam auch für andere Golfstaaten wie Oman herstellen. Die für ihre Schönheit berühmten Perserteppiche sehen sich derzeit einer harten Konkurrenz aus Fernost gegenüber, wo die Handarbeit noch geringer entlohnt wird.

## II. Wirtschaft

### **Türkei und Iran wollen gemeinsam Kraftwerke bauen**

Die Türkei und Iran wollen beim Kraftwerksbau zusammenarbeiten. Vorerst seien drei Anlagen mit einer Gesamtkapazität von 6000 Megawatt geplant, erklärte ein hochrangiger Vertreter des türkischen Energieministeriums am 19. August. Dabei werde es sich voraussichtlich um Gas-Kraftwerke handeln. Über die Standorte müsse noch entschieden werden, sagte er.

Vertreter beider Länder haben in Teheran eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnet. Auch die amtliche iranische Nachrichtenagentur IRNA meldete, dass sich beide Länder auf den Bau dreier Kraftwerke geeinigt hätten. Nach Angaben des türkischen Vertreters wollen die Türkei und Iran auch mehrere Wasserkraftwerke mit einer Gesamtgröße von 10.000 Megawatt bauen.

### **RWE will iranisches Gas aus Türkei-Projekt beziehen**

Der deutsche Stromkonzern RWE will offenbar iranisches Gas aus einem Projekt der Türkei beziehen. Iran und die Türkei hatten vereinbart, 20,4 Milliarden Kubikmeter Gas aus dem iranischen Gasfeld Süd-Pars zu gewinnen. RWE und andere europäische Firmen wie Gaz de France und der Schweizer EGL-Konzern hätten bezüglich der türkischen Pläne für das Gasprojekt bereits Kontakte zur Regierung in Ankara aufgenommen, sagte ein Vertreter des türkischen Energieministeriums der Agentur Reuters am 13. August.

Nach einer anderen von Reuters zitierten Regierungsquelle in Ankara wolle die Türkei Gaz de France nicht zum Zuge kommen lassen. Hintergrund sei ein diplomatischer Streit über ein Gesetz in Frankreich: Paris hat die Leugnung des Völkermordes an rund 1,5 Millionen Armeniern im Herrschaftsgebiet des Osmanischen Reiches während des Ersten Weltkriegs unter Strafe gestellt. Die Türkei, die aus dem Osmanischen Reich hervorging, bestreitet einen Völkermord.

**Irak vor Vertragsabschluss zum Bau von Ölpipeline in den Iran**

Der Irak steht nach Angaben aus Teheran kurz vor dem Abschluss eines Vertrags zum Bau einer Öl-Pipeline in die Islamische Republik. Der Rohstoff werde in Iran weiterverarbeitet, die Ölprodukte würden wieder in den Irak geliefert, sagte der erste Vizepräsident Irans, Parvis Dawudi, am 9. August nach einem Treffen mit dem irakischen Regierungschef Nuri al-Maliki der Nachrichtenagentur IRNA zufolge. Iraks Ölminister Hussein al-Schahristani werde deshalb demnächst nach Teheran reisen.

Der Irak hatte im Mai Gespräche über eine Ölleitung angekündigt, über die täglich 200.000 Barrel Öl in das Nachbarland transportiert werden sollen. Nach jahrzehntelangen Kriegen, Sanktionen und Misswirtschaft ist der Irak auf ausländische Investoren in der Ölbranche angewiesen. Trotz des Ölreichtums ist Benzin im Irak knapp.

Die Beziehungen zwischen den einstigen Feinden hatten sich nach dem Einmarsch der US-Truppen im Irak 2003 schrittweise verbessert. Die arabischen Staaten und die USA sehen dies jedoch mit Sorge.

**Irak will von Iran seine Kampfflugzeuge zurückhaben**

Der Irak will von Iran Kampfflugzeuge zurückhaben, die vor dem Golfkrieg 1991 dort gelandet waren. Zwar seien die meisten Maschinen vermutlich nicht mehr zu gebrauchen, sagte der Chef der neuen irakischen Luftwaffe, Kamal al-Barsandschi, am 5. August. Aber wenigstens einige sollten zurückgegeben werden. Seinen Angaben zufolge verfügt die irakische Luftwaffe gegenwärtig nur über 45 Flugzeuge für Transport und Aufklärung und einige ältere Hubschrauber.

Experten zufolge besaß der Irak früher 750 Kampfflugzeuge und damit zeitweilig die sechst größte Luftwaffe der Welt. Die Maschinen stammten zum größten Teil aus Russland und Frankreich. Die Hälfte wurde von Piloten 1991 nach Iran geflogen, um nicht gegen die Luftwaffe der Koalition kämpfen zu müssen. Der Rest wurde zum größten Teil 2003 bei der US-Invasion zerstört.

**Russland und Iran verhandeln über Flugzeuglieferung**

Der russische Flugzeughersteller Tupolew verhandelt mit Iran über die Lieferung von Passagierflugzeugen. Es gäbe zudem Gespräche über eine gemeinsame Produktion von Maschinen, sagte Tupolew-Chef Igor Schewtschuk am 22. August am Rande der Flugshow MAKS-2007 in Schukowsky bei Moskau. Das Unternehmen arbeite bereits seit langer Zeit mit Iran zusammen. Bei den Kaufverhandlungen, die jüngst an Fahrt gewonnen hätten, gehe es um die Modelle Tu-214 und Tu-334.

Eine mit der Angelegenheit vertraute Person sagte der Agentur Reuters, der Auftrag könne ein Volumen von mehreren Hundert Millionen Dollar haben. Russland hat Iran bereits militärische Luftabwehrsysteme verkauft und baut zum Ärger der USA und Israels im iranischen Buschehr ein Atomkraftwerk. Präsident Wladimir Putin will die einst mächtige russische Flugzeugindustrie wieder beleben. Dazu sollen Unternehmen wie Tupolew und Suchoi in einer staatlich kontrollierten Holding, der United Aviation Corporation, zusammengeführt werden. Das neue Unternehmen soll Putin zufolge dann mit Rivalen wie Boeing und Airbus konkurrieren.

Unterdessen erklärte Suchoi, das Unternehmen erwarte in diesem Jahr etwa hundert Bestellungen für sein Passagierflugzeug Superjet 100. Angaben zu den möglichen Käufern machte der Konzern nicht. Der Superjet 100 wird gemeinsam mit Boeing entwickelt und soll bis Ende 2007 ausgeliefert werden. Suchoi teilte weiter mit, in diesem Jahr mehr als 50 bereits bestellte Kampfflugzeuge an ausländische Kunden liefern zu wollen, weitere 20 Flieger gingen an die russischen Streitkräfte.

**Iran droht Deutschlands Banken nach deren Rückzug aus dem Land**

Nach dem Rückzug deutscher Großbanken aus Iran hat die Regierung in Teheran den Institutionen mit einem Rückkehrverbot gedroht. „Wir sind nicht glücklich mit der Entscheidung der Banken“, sagte Notenbank-Vizegouverneur Mohammad Djafar Modjarrad der Financial Times Deutschland vom 23. August. „Es gibt keine Garantie dafür, dass man in guten Zeiten wieder zurückkehren kann“, fügte er hinzu. Die Wirt-

schaftsbeziehungen beruhen auf Vertrauen, und es sei sehr „schwer, dieses Vertrauen wieder herzustellen, wenn es erst einmal verletzt wurde“, sagte Modjarrad.

Deutsche Bank und Commerzbank haben in den vergangenen Monaten schrittweise ihre Iran-Aktivitäten zurückgefahren. Jüngst wurde bekannt, dass auch die Dresdener Bank ihre Aktivitäten komplett einstellen will. Die Institute fürchten Beobachtern zufolge Einbußen in für sie enorm wichtigen Geschäften mit den USA. Im vergangenen Jahr hatten einige Großbanken ihren Dollar-Zahlungsverkehr mit Iran eingestellt, darunter Credit Suisse, UBS, ABN Amro sowie Banken aus Frankreich und Großbritannien. Hintergrund ist, dass sich die US-Regierung seit Monaten darum bemüht, das wegen des Atomprogramms in der Kritik stehende Land vom internationalen Geldverkehr abzuschneiden.

Unterhändler aus Washington hätten deutschen Bankvorständen bei mehreren informellen Treffen mit Konsequenzen für den Fall gedroht, dass sie sich nicht aus Iran zurückziehen, berichtete die Financial Times Deutschland weiter. „Wir wissen, dass die deutschen Banken unter Druck stehen, aber ihre Entscheidungen können Auswirkungen auf unsere Geschäftsbeziehungen haben“, sagte Modjarrad.

Geldinstitute aus Asien, Russland und der Golfregion stünden bereit, um für die Deutschen einzuspringen. „Ich rate unseren Freunden, das Geschäft nicht der Konkurrenz zu überlassen.“ Modjarrad sagte, sein Land könne die Restriktionen verkraften. „Wir passen uns an.“ So sei der Handel inzwischen fast vollständig von Dollar auf Euro sowie andere Währungen umgestellt worden.

#### **Neuentwickelte intelligente Bombe**

Iran hat nach eigenen Angaben eine neue „intelligente Bombe“ entwickelt. Die 900-Kilogramm-Bombe mit der Bezeichnung Ghased (Bote) könne von Kampfflugzeugen abgeworfen werden, berichtete am 23. August das staatliche Fernsehen.

Iran hat sein Rüstungsprogramm im Krieg gegen den Irak (1980 bis 1988) forciert. Seit 1992 produziert Iran eigene Panzer, Schützenpanzer und Raketen. Anfang August hatte die Regie-

rung erklärt, dass nun auch eigene Flugzeuge entwickelt werden sollen. Bisher besteht die iranische Luftwaffe vor allem aus veralteten US-Maschinen des Typs F-4 und F-5, die noch vor der iranischen Revolution von 1979 unter dem Schah-Regime angeschafft wurden.

#### **Test von neuen Flugzeugen erfolgreich**

Iran hat nach eigenen Angaben ein zweites Kampfflugzeug aus Eigenproduktion erfolgreich getestet. Die Maschine vom Typ „Azarakhsh“ (Blitz) sei am 5. August in der Provinz Isfahan im Zentraliran erprobt worden, berichtete die Nachrichtenagentur Fars. Details nannte die Agentur nicht. Die Maschine soll dem amerikanischen Jagdflugzeug vom Typ F-5 ähneln.

Iran produziert bisher einen eigenen Kampfjet mit dem Namen „Saegheh“ (Donner). Das Land ist bestrebt allmählich vom Ausland unabhängig zu werden und meldet immer wieder Erfolge bei der Produktion von eigenem Militärgerät.

#### **Benzin-Rationierung: Iraner fliegen mehr**

In Iran ist nach der Rationierung von Benzin für Autofahrer die Nachfrage nach Flugtickets staatlichen Medien zufolge um 40 Prozent gestiegen. Die Flugpreise hätten deshalb um bis zu 17 Prozent angezogen, meldete die Nachrichtenagentur IRNA am 14. August. Nach der Benzin-Rationierung bevorzugten offenbar mehr Menschen als bisher für längere Strecken das Flugzeug, sagte der Geschäftsführer der Zivilluftfahrtbehörde, Hossein Chanlari, der Agentur.

Die Rationierung ist seit dem 27. Juli in Kraft. Wegen Raffinerie-Engpässen erhält jeder Autobesitzer seitdem nur noch 100 Liter subventioniertes Benzin im Monat. Iran als viertgrößter Ölproduzent der Erde muss große Teile seines Benzinbedarfs per Import befriedigen.

#### **9,2 Millionen arme Menschen**

In Iran leben nach Angaben der Regierung etwa 9,2 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Das sind rund 10,5 Prozent der städtischen und 11 Prozent der ländlichen Bevölkerung. Die iranische Wirtschaftszeitung „Sar-

majeh" zitierte am 12. August Sozialminister Abdolreza Mesri mit diesen Zahlen. Fast zwei der 9,2 Millionen Armen leben unter der absoluten Armutsgrenze, also von weniger als 650.000 Rial (rund 51 Euro) im Monat. Drei Millionen der insgesamt 70,4 Millionen sind demnach arbeitslos.

Die Inflationsrate lag in den vergangenen zwölf Monaten nach Angaben der iranischen Zentralbank bei knapp 15 Prozent. Besonders die Preise der Nahrungsmittel und im Bauwesen seien stark angestiegen. Wirtschaftsexperten kritisieren die Wirtschaftspolitik von Präsident Ahmadinedschad, vor allem die ausufernden Staatsausgaben.

### III. Außenpolitik

#### **USA wollen Revolutionswächter als terroristisch einstufen**

Zeitungsberichten zufolge erwägt die US-Regierung die iranischen Revolutionswächter (Sepah-e Pasdaran) als terroristische Organisation einzustufen. Das wäre das erste Mal in der Geschichte, dass die Streitkräfte eines souveränen Staates in diese Kategorie eingeordnet werden würden. Ziel dieser Maßnahme ist offenbar, die bereits im Atomstreit vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen gegen die Islamische Republik Iran zu verschärfen. Zudem sollen die angeblichen Aktivitäten der Revolutionswächter, denen die USA die Unterstützung der Taliban in Afghanistan und der Aufständischen im Irak vorwerfen, eingeschränkt bzw. unterbunden werden.

Die ungewöhnliche Maßnahme würde sicherlich weit größere Folgen haben als normale Wirtschaftssanktionen. Denn die Organisation der Gardisten - unmittelbar nach der Revolution von Ayatollah Chomeini als Pendant zu der noch existierenden Schah-Armee ins Leben gerufen - bildet heute das Rückrad des islamischen Gottesstaates. Damals hatte die Armee zwar vor dem Volksaufstand kapituliert, viele Soldaten waren auf die Gegenseite übergelaufen. Doch die neue Staatsführung traute nicht den Generälen und Offizieren, die zumeist in den USA ausgebildet worden waren. Die Organisation der Revolutionswächter begann zunächst als eine Art Milizenorganisation, übernahm aber bereits während des achtjährigen Iran-Irak-Kriegs (1980-1988) das Kommando. Inzwischen haben sich die Revolutionsgarden, deren Boden-, Luft- und Seestreitkräfte mit modernsten Waffen ausgerüstet sind, zu einer schlagkräftigen Armee entwickelt. Personell ist die Organisation mit schätzungsweise 130 000 Mann nicht so stark wie die reguläre Armee, die etwa 420 000 Soldaten unter Befehl hat. Sie ist aber politisch weit wichtiger und hat beim gemeinsamen Oberkommando eindeutig das erste Wort.

Zudem gehen die Aktivitäten der Revolutionswächter weit über die Rolle einer Streitmacht hinaus. Die Organisation, die von der Staatsführung als „Bannerträger der Revolution“ bezeichnet wird, verfügt über eigene Geheimdienste, eigene Gefängnisse und über paramilitärische Truppen, die nötigen-

falls auch im Ausland operieren. Weit mehr als die Polizei sorgt sie für die „innere Sicherheit“. Die Liquidierung zahlreicher oppositioneller Organisationen in den ersten Jahren nach der Revolution geht in erster Linie auf ihre Rechnung. Sie war auch das Instrument, mit dem die Islamisierung der Gesellschaft gewaltsam durchgesetzt wurde. Sie kontrollierte das öffentliche und private Leben und achtete auf die strikte Einhaltung der islamischen Gesetze.

Doch die Rolle der Revolutionswächter erschöpft sich nicht in ihrer Funktion als Ordnungshüter und militärischer Arm des Gottesstaates, die Organisation strebt nach Monopolisierung der politischen Macht. Ihre Wortführer, die der zweiten Generation nach Chomeini angehören, haben, während die erste Garde an den Schalthebeln der Macht saß und immer mehr Reichtum für sich anhäufte, Jahrzehnte lang die Hauptlast getragen. Sie haben zu Beginn der Revolution die Demonstrationen und Kundgebungen organisiert, im Krieg gegen den Irak an vorderster Front die größten Opfer gebracht, haben im Innern für Ordnung gesorgt - sie haben mit einem Wort die ganze Drecksarbeit verrichtet. Während sie nun den grauen Eminenzen Verrat und Korruption vorwerfen, fühlen sie sich als Hüter der islamischen Revolution und beanspruchen für sich die Macht im Staat. Mit dem Wahlsieg Ahmadinedschads, der ebenfalls aus diesem Kreis stammt, gelang ihnen die Eroberung der Exekutive. Tausende führende Positionen innerhalb des Staatsapparats wurden mit ehemaligen Revolutionswächtern umbesetzt. Mehr als die Hälfte der Kabinettsmitglieder sind frühere Kampfgesährten Ahmadinedschads. Nicht umsonst spricht man von der Militarisierung des Staatsapparats.

Mit der Eroberung der Exekutive hat die Organisation auch ihre Position in der iranischen Wirtschaft ausgebaut. Sie wurde bei der Vergabe von Konzessionen für Staatsprojekte in Milliardenhöhe bevorzugt, Dank derer sie heute eines der größten Unternehmen des Landes ist. Ob in der Öl- oder chemischen Industrie, beim Bau von Staudämmen und Straßen, Häfen und Flughäfen, auch in der Außenwirtschaft, überall ist Sepah-e Pasdarant mit von der Partie.

In Anbetracht der bedeutenden Position der Revolutionswächter im Gefüge des

islamischen Staatsapparats kann man ahnen, dass ein möglicher Beschluss der US-Regierung in Teheran nicht unwidersprochen bleiben wird. Er wird sicherlich das Vorhaben der Islamisten, weg vom Westen, hin zum Osten beschleunigen. Bereits jetzt hat Iran die Vollmitgliedschaft bei der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SCO), an der neben Russland und China die ehemaligen Sowjetrepubliken Kirgistan, Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan beteiligt sind, beantragt. Hier baut sich eine Front zur Eindämmung des amerikanischen Einflusses im Nahen und Mittleren Osten auf. Das Regime wird sicherlich auch auf die Provokation aus Washington, die einer Kriegserklärung gleichkäme, mit verstärkten Aktivitäten im Irak und Afghanistan, in Palästina und Libanon reagieren.

#### **Parlamentsabgeordnete bekennen sich zu Revolutionswächtern**

Nachdem bekannt wurde, dass die USA die Organisation der Revolutionswächter als terroristisch einstufen wollen, haben 211 Parlamentsabgeordnete in einem Schreiben das Vorhaben scharf verurteilt und sich demonstrativ hinter die Organisation gestellt. Darin heißt es: „Die Revolutionswächter, ohne die nach den Worten Imam Chomeinis die Islamische Republik nicht existieren würde“, seien heute „allen Feinden des Islams ein Dorn im Auge“. Die USA gingen in ihrer Feindschaft zu dieser Organisation soweit, dass sie sie nun als terroristisch einstufen wollen.

Die Feindschaft der USA, „die tagtäglich hunderte unschuldige Menschen in allen Teilen der Welt massakrieren, ist für die Revolutionswächter „eine Ehre“. Die ganze Welt wisse aber sehr wohl, wo sich die Terroristen befinden. „Sind die Revolutionswächter Terroristen oder die US-Militärs, die in Guantanamo oder Abu Ghoreib Folterzentren und in Europa und im Mittleren Osten dutzende Gefangenenlager errichtet haben?“

Es seien die US-Militärs, die die Verbrechen der Zionisten gegen das palästinensische Volk unterstützen, die in der jüngsten Geschichte Hunderttausende in den Tod geschickt und viele Länder besetzt haben, die in Nagasaki und Hiroshima Atombomben abgeworfen und Hunderttausende unschuldige Menschen verbrannt haben, die in Afgha-

nistan in der Zeit der sowjetischen Besatzung Terroristen der Al Kaida ausgebildet haben.

„Die USA und Herr Bush können sicher sein, dass das gesamte iranische Volk mit aller Kraft die tapferen und mutigen Revolutionswächter unterstützt und jeden Angriff auf die Organisation als einen Angriff auf das iranische Volk betrachtet.“

Es sei bedauerlich, wenn die USA die Tatsache nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Revolutionswächter einen wichtigen Teil der iranischen Streitkräfte bilden und dass sie im Einklang mit der Verfassung der Islamischen Republik gegründet worden seien.

Zum Schluss des Schreibens warnen die Abgeordneten, dass jeder Schritt gegen die Revolutionswächter „den Hass gegen die USA steigern und die Einheit des iranischen Volkes stärken“ werde. Sie empfehlen der amerikanischen Regierung, so rasch wie möglich ihr Vorhaben zu revidieren und die „widersinnigen“ Attacken gegen die Islamische Republik einzustellen.

#### **EU stuft Irans Revolutionswächter nicht als Terrorgruppe ein**

Anders als die USA will die Europäische Union die iranischen Revolutionswächter vorerst nicht als terroristische Vereinigung einstufen. Die EU treffe unabhängige Entscheidungen darüber, welche Organisationen in eine entsprechende Liste aufgenommen würden, sagte ein Sprecher der EU-Kommission am 16. August in Brüssel. Zur Entscheidung der USA, die noch nicht endgültig gefallen sei, könne die EU sich nicht äußern, betonte er. Formell kann kein Name auf die Terrorliste der EU gesetzt oder von ihr gestrichen werden, ohne dass alle 27 Mitgliedsstaaten dies einstimmig gebilligt haben.

#### **Iran und Atombehörde haben Zeitplan für Kontrollen vereinbart**

Der Stellvertretende Direktor der Internationalen Atombehörde (IAEA), Olli Heinonen, und der Vize-Chef des Nationalen Sicherheitsrats Irans, Javad Waidi, gaben am 22. August bekannt, sich auf einen Zeitplan zur Kontrolle iranischer Atomanlagen geeinigt zu ha-

ben, nannten jedoch keine Einzelheiten.

„Wir haben es geschafft, einen Zeitplan festzulegen“, sagte Waidi nach zweitägigen Beratungen mit Heinonen in Teheran vor Journalisten. Bei den Verhandlungen sei es unter anderem um den Umgang mit künftigen Inspektionen der Atomanlagen in Iran gegangen, darunter der Schwerwasseranlage in Arak und der Anlage zur Urananreicherung in Natans. „Alle für die Behörde wichtigen Themen (...) sind einbezogen worden“, sagte Waidi. Iran setzt darauf, dass die Vereinbarung eines Zeitplans den Westen dazu bringt, die Androhung neuer UN-Sanktionen fallen zu lassen.

Heinonen sprach von einem vereinbarten Arbeits- und Zeitplan. Details sollen erst im September bei der Vorstellung des IAEA-Reports über das iranische Atomprogramm bekannt gegeben werden. Die IAEA versucht seit vier Jahren Klarheit über das iranische Atomprogramm zu bekommen. Vor allem will sie klären, ob die Atomanlagen in Iran ausschließlich zur zivilen Nutzung der Atomenergie dienen, wie es die Regierung in Teheran erklärt, oder ob sie auch zum Bau von Atomwaffen genutzt werden können, wie es unter anderem die USA vermuten.

Ungeachtet der erzielten Einigung drängen die USA weiter auf neue Sanktionen gegen Iran. Die Vereinbarung habe „echte Einschränkungen“, sagte der US-Botschafter bei der IAEA, Gregory Schulte in Wien. Er nannte unter anderem die „fortgesetzte Weigerung“ Teherans, ein IAEA-Zusatzprotokoll zu umfassenden Inspektionen der Atomanlagen umzusetzen. Damit bleibt den Inspektoren der Zugang zu Anlagen verschlossen, die nicht als Nuklearanlagen ausgewiesen sind, aber im Zusammenhang mit der Klärung offener Fragen zum iranischen Atomprogramm als wichtig erachtet werden.

„Darüber hinaus hat die iranische Führung klargemacht, dass die Umsetzung des Plans davon abhängt, dass der UN-Sicherheitsrat nicht in Aktion tritt“, fügte Schulte hinzu. Wenn Iran wahrhaftig das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft wieder erlangen wolle, „würde das Land vorbehaltlos und vollständig kooperieren und damit aufhören, die IAEA zu manipulieren. Iran muss alle Aktivitäten zur Urananreicherung, Wiederaufbereitung und zum Bau eines Schwerreaktors einstellen.“

Diese seien für friedliche Zwecke nicht nötig, aber sehr wohl zum Bau einer Atombombe. Schulte betonte, Washington werde sich für eine dritte Runde der UN-Sanktionen wegen des iranischen Atomprogramms stark machen. Ein ranghoher westlicher Diplomat in Wien nannte die Schritte Teherans „einen vertrauten Schachzug“. Teheran setze auf eine Verzögerungstaktik, „um weitere Sanktionen zu verhindern“.

Die IAEA äußerte sich nicht zu Schultes Kritik. Ein Diplomat aus dem Umfeld bezeichnete sie jedoch gegenüber Reuters als „sehr wenig hilfreich“. Es sei „unredlich“, die Vereinbarung abzuwerten, solange nicht einmal Einzelheiten bekannt seien.

Der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, Rolf Mützenich, wertete die Einigung unterdessen als „positives Signal“, schränkte aber ebenfalls ein, dies reiche „bei weitem nicht aus und erfüllt auch nicht die Forderungen des UN-Sicherheitsrats“. Nun müssten weitere Schritte folgen.

Indes hat Iran nach eigenen Angaben der IAEA alle noch ausstehenden Antworten zu seinen früheren Experimenten mit Plutonium gegeben. Dies geht aus einem Dokument hervor, das die Wiener Atombehörde am 27. August in Absprache mit Teheran auf ihrer Internetseite veröffentlichte. In diesem Dokument werden außerdem alle Punkte der mit der IAEA getroffenen Vereinbarung aufgelistet.

In dem dreiseitigen Dokument hält die iranische Regierung unter anderem fest, dass man sich voraussichtlich im September mit Wien auf einen Modus zur Überwachung der Urananreicherungsanlage von Natans im Rahmen des Überprüfungsabkommens mit der IAEA einigen werde. Iran habe bereits der Ernennung von insgesamt 14 Inspektoren der IAEA für Iran zugestimmt und dem Personal Dauervisa für ein Jahr erteilt, wozu Teheran nach dem bilateralen Abkommen nicht verpflichtet war.

Die noch offenen Fragen zur Herkunft von in Iran entdeckten Pläne für Hochgeschwindigkeits-Gaszentrifugen zur Urananreicherung sollen ebenfalls bis Ende September mit Wien geklärt werden, heißt es in dem veröffentlichten Zeitplan. Außerdem werde die Regierung in Teheran auch Fragen zu angeblichen

Plänen und Atom-Experimenten Irans beantworten, die man in Teheran freilich bisher als politisch motivierte Provokation von sich gewiesen hat.

#### **Israels Botschafter appelliert im Atomstreit mit Iran an Berlin**

Der scheidende israelische Botschafter in Berlin, Shimon Stein, hat Deutschland aufgefordert, Iran am Bau einer Atombombe zu hindern. „Wir erwarten, dass sich Deutschland, wie sämtliche Staaten der EU, daran beteiligt, das atomare Waffenprogramm der Iraner zu stoppen“, sagte Stein der in Frankfurt an der Oder erscheinenden Tageszeitung „Märkische Oderzeitung“ am 6. August.

Zur Kritik aus Deutschland an Israels Politik gegenüber den Palästinensern sagte Stein: „Unter Freunden ist Kritik möglich. Sie kann ja auch zum Nachdenken anregen.“ Wenn die Kritik den Staat Israel dämonisiere oder sein Existenzrecht in Frage stelle, sei dies jedoch abzulehnen. Stein scheidet im August aus dem Amt.

#### **Ahmadinedschad in Afghanistan**

Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad hielt sich am 14. August zu einem offiziellen Staatsbesuch in der afghanischen Hauptstadt Kabul auf. Bei den Gesprächen, die er unter anderem mit seinem afghanischen Kollegen Hamid Karsai und dem Parlamentspräsidenten Janus Kanuni von der oppositionellen Nordallianz führte, ging es um den Ausbau der vielfältigen Beziehungen zwischen den Nachbarländern Iran und Afghanistan.

Beide Länder stünden zueinander „wie Brüder und Freunde“ sagte Ahmadinedschad vor seiner Abreise in Teheran. „Wir haben mit Afghanistan eine gemeinsame Geschichte, gemeinsame Kultur und gemeinsame Interessen“. Das eigentliche Ziel seiner Reise, die über Turkmenistan und Kirgistan zur Teilnahme an der Tagung der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) führte, sei der Ausbau regionaler Bündnisse und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Ost-Asiens. Es gehe darum „den Einfluss einer Supermacht (USA) in der Welt einzudämmen“, betonte Irans Staatschef.

Diese Äußerung entspricht der von der Regierung Ahmadinedschad ausgegebenen Devise: „Weg vom Westen, hin zum Osten“. Tatsächlich konnte die Islamische Republik in den letzten Jahren auf diesem Weg beachtliche Erfolge erzielen. Nach dem Sturz der Taliban hat sich Iran für den Wiederaufbau Afghanistans stark engagiert, soweit dass Präsident Karsai kürzlich bei seinem Besuch in Washington zum Entsetzen der US-Regierung Teheran als „Hilfe und Lösung“ für die Probleme Afghanistans bezeichnete. Die USA werfen Iran Unterstützung der Taliban vor.

Das bestritt Ahmadinedschad nach seinem Gespräch mit Karsai. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz bezeichnete er Iran und Afghanistan als „Opfer des internationalen Terrorismus“ und erklärte: „Jene Länder, die der Meinung sind, alle Probleme mit dem Einsatz von Waffen lösen zu können, befinden sich im Irrtum.“ Sie müssten erklären, mit welchem Recht sie sich mit Waffen in der Hand in Angelegenheiten anderer Länder einmischen. „Wir werden, wie bisher, mit aller Kraft die Sicherheit und Stabilität Afghanistans unterstützen, denn ein starkes Afghanistan ist der beste Freund Irans“, betonte Ahmadinedschad. „Wir betrachten Afghanistan als unser zweites Haus“.

Tatsächlich ist Irans Einfluss in Afghanistan seit dem Sturz der Taliban enorm gestiegen. Eigentlich ist Iran das Land, das am meisten von dem von den USA nach den Anschlägen vom 11. September erklärten Krieg gegen den internationalen Terrorismus profitiert hat. Mit Argwohn beobachteten die USA den Machtzuwachs der Islamischen Republik in der Region. Als letzte Woche Iraks Präsident Nuri el Maliki bei seinem Besuch in Teheran die guten Beziehungen zum Nachbarland hervorhob, kam prompt eine öffentliche Schelte aus Washington. Sollte sich el Maliki in Bezug auf den Iran Fehler leisten, müsse er einen hohen Preis dafür bezahlen, sagte Präsident George W. Bush.

Auch Karsai unterstrich die Bedeutung der Beziehungen Afghanistans zum Iran. Auf die Frage eines Journalisten, ob er sich um die Versöhnung zwischen Iran und den USA bemühen werde, sagte Karsai: „Iran ist ein befreundeter Staat und unsere Beziehungen sind vorbildlich. Auch zu den USA haben wir freundschaftliche Beziehungen und nehmen deren Hilfe in Anspruch. Selbst-

verständlich würden wir uns freuen, wenn wir zwischen den beiden Staaten vermitteln könnten.“

Zwischen Iran und Afghanistan gibt es allerdings auch zwei wichtige Probleme: Fast die Hälfte des in Afghanistan produzierten Opiums wird über den Iran nach Westen geschmuggelt. Noch wichtiger ist das Problem mit den Flüchtlingen. Während des afghanischen Bürgerkriegs waren rund drei Millionen Afghanen in den Iran geflüchtet. Etwa eine Millionen von ihnen halten sich immer noch im Iran auf. Sie gelten als billige Arbeitskräfte und bilden dadurch eine große Belastung für den Arbeitsmarkt. Iran scheint entschlossen, sie demnächst in ihre Heimat abzuschicken. „Wir werden keine illegalen Flüchtlinge dulden, auch dann nicht, wenn sie aus einem befreundeten Staat stammen“, sagte Ahmadinedschad in Kabul.

#### **Ahmadinedschad nimmt Einladung zu Irak-Besuch an**

Irans Staatspräsident Ahmadinedschad will nach Angaben seiner Regierung den Irak besuchen. Er habe eine Einladung des Nachbarlandes angenommen, sagte Irans Außenminister Manuchehr Mottaki am 20. August in der Stadt Maschad nach Angaben der Nachrichtenagentur ISNA. Eine endgültige Entscheidung über den Besuch sei aber noch nicht gefallen. Die Einladung hatte der irakische Ministerpräsident Nuri al-Maliki den Angaben zufolge nach einem Besuch in Teheran Anfang August ausgesprochen.

Die beiden Staaten hatten sich in den 80er Jahren acht Jahre lang Krieg geliefert. Seit dem Sturz des irakischen Präsidenten Saddam Hussein 2003 haben sich ihre Beziehungen jedoch deutlich verbessert. Die USA beschuldigen Iran, Aufständische und Milizen im Irak auszubilden und zu bewaffnen. Die Regierung in Teheran weist dies zurück. Der Irak hat beide Seiten zum Dialog aufgefordert und an sie appelliert, ihre Differenzen nicht auf irakischem Boden auszutragen. Im Mai und Juli führten iranische und US-Diplomaten in Bagdad Gespräche über die Sicherheitslage im Irak. Es waren die höchstrangigen Kontakte zwischen beiden Seiten seit dem Abbruch ihrer diplomatischen Beziehungen nach der iranischen Revolution von 1979.

### **Irans Teilnahme am Jahresgipfel der Shanghaier Organisation**

Irans Staatspräsident Ahmadinedschad hat im Anschluss an seinen Besuch in Afghanistan am Jahresgipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO) in der Nähe der kirgisischen Hauptstadt Bischkek teilgenommen. Der SCO gehören neben Russland und China die ehemaligen Sowjetrepubliken Kirgistan, Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan an. Iran, Indien, Pakistan und Afghanistan haben Beobachterstatus.

Bemerkenswert bei diesem Treffen war die Kritik an den USA, die im Vergleich zu den Vorjahren wesentlich schärfer und deutlicher ausfiel. „Wir sind überzeugt, dass alle Versuche die weltweiten Probleme allein zu lösen, umsonst sind“, sagte der russische Präsident Wladimir Putin. Ahmadinedschad versicherte, nicht nur sein Land, sondern ganz Asien werde durch den geplanten Raketenschild der USA bedroht. In ihrer Abschlusserklärung sprachen sich die Gipfelteilnehmer gegen „unilaterales Handeln“ aus.

Putin beschrieb die SCO als eine Kraft im Entstehen. „Jahr für Jahr wird die SCO ein bedeutenderer Faktor, der die Sicherheit und Stabilität in Zentralasien verstärkt“, sagte der russische Präsident. Mehrere Teilnehmer betonten die Notwendigkeit einer „multipolaren“ Welt. Gleichzeitig machten sie aber deutlich, dass ihre Allianz nicht gegen ein anderes Land gerichtet sei, sondern nur der Stabilität der Region dienen solle. Daher stehe „der Kampf gegen den Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ im Mittelpunkt. Am Tag nach dem Gipfel besuchten die Staatschefs der SCO-Mitglieder ein gemeinsames Manöver im russischen Ural. Es handelte sich um die mit 6500 Soldaten bislang größte derartige Militärübung.

Allen Dementis zum Trotz kann nicht übersehen werden, dass sich hier eine Front zur Eindämmung des US-Einflusses im Nahen und Mittleren Osten entwickelt. Vor allem Russland und China scheinen als Großmächte nicht mehr den USA allein das Feld überlassen zu wollen. So betrachtet gewinnt die Einbeziehung der Länder wie Indien, Pakistan und nicht zuletzt Iran, eine besondere Bedeutung.

Die schärfste Kritik an den USA übte auf dem Gipfel Ahmadinedschad. Der geplante Raketenschild der USA „geht über die Bedeutung für ein einzelnes Land hinaus. Das betrifft den größten Teil des Kontinents, ganz Asien“, sagte er. Er unterstützte damit die Kritik Putins, der das Rüstungsprojekt der Vereinigten Staaten ebenfalls vehement ablehnt. Die USA planen den Ausbau ihres Raketenabwehrsystems durch den Bau eines Raketenstützpunktes in Polen und einer Raketenanlage in Tschechien. Zudem soll im Kaukasus eine mobile Radareinheit stationiert werden. Der Raketenschild richtet sich nach US-Darstellung explizit gegen mögliche Angriffe aus Iran.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow äußerte Verständnis für Ahmadinedschad. Die „erfundene, beschworene Bedrohung durch sein Land“ werde als Vorwand der USA genutzt, um die Raketenschildpläne voranzutreiben, sagte Lawrow.

Kritiker der Shanghai Organisation monieren, die SCO stelle als antiwestlicher „Club der Diktatoren“ eine Bastion gegen westliche Forderungen nach Demokratie dar. Iran strebt eine Vollmitgliedschaft in der Organisation an.

### **Turkmenistan und Iran beraten über Aufteilung des Kaspischen Meeres**

Iran und Turkmenistan haben über eine Aufteilung der gewaltigen Öl- und Gasvorräte im Kaspischen Meer beraten. Die beiden Nachbarstaaten hätten gleiche Ansichten über eine zukünftige Zusammenarbeit in dem Binnenmeer, „das ein See der Freundschaft und Harmonie“ werden solle, sagte Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad am 15. August in der turkmenischen Hauptstadt Aschgabat. Die Anrainerstaaten, zu denen auch Russland, Kasachstan und Aserbaidschan gehören, streiten seit Jahren über den Status und damit über die territoriale Aufteilung des Kaspischen Meeres.

Beide Präsidenten betonten die gute Zusammenarbeit zwischen ihren Ländern. Der turkmenische Präsident Gurbanguly Berdimuhamedow sagte, er schätze den Willen Teherans, die Beziehungen freundschaftlich und brüderlich weiterzuentwickeln. Iran ist nach Russland der wichtigste Abnehmer für Gas aus dem zentralasiatischen Land. Nach Ahmadinedschads zweitägigem Besuch

reisten beide Präsidenten zur Teilnahme am Gipfel der Shanghaier Organisation nach Kirgistan.

#### **Irakischer Sunnit: Iran plant Völkermord an Sunniten**

Ein hochrangiger irakischer Sunnitengruppenführer hat Iran vorgeworfen, Todeschwadronen zu unterstützen und einen Völkermord an seinen Glaubensgenossen zu planen. Dieser Genozid an der sunnitischen Religionsgemeinschaft sei nicht nur auf den Irak beschränkt, sondern werde sich auf andere Länder ausweiten, schrieb Adnan al-Dulaimi, am 13. August in einem offenen Brief an sunnitische Muslime. „Dieser Krieg, der in Bagdad begonnen wurde, wird hier nicht enden. Er wird sich ausweiten auf jeden Fleck, wo arabisch gesprochen wird. Er ist ein historischer Krieg.“ Iran gäbe den schiitischen Milizen im Kampf gegen Sunniten Waffen, Anweisungen und unterstütze die Planung.

Bereits in der Vergangenheit haben sunnitische Gruppen ähnliche Ansichten vertreten. Der in dem offenen Brief angeschlagene Ton war jedoch schärfer als bisherige Äußerungen al-Dulaimis. Auch die USA haben dem überwiegend schiitischen Iran wiederholt vorgeworfen, Milizen im Iran zu unterstützen. Teheran bestreitet dies.

#### **Iraks Armee nimmt nahe der iranischen Grenze 150 Verdächtige fest**

Bei ihrer bislang größten Aktion gegen den Schmuggel von Waffen und Kämpfern aus Iran hat die irakische Armee in der Provinz Dijala 150 mutmaßliche Extremisten festgenommen. Ein Militärsprecher sagte der Nachrichtenagentur Aswat al-Irak am 23. August, die Aktion habe sich gegen „Bewaffnete gerichtet, die unsere Sicherheitskräfte angreifen sowie Waffen schmuggeln und ausländische Kämpfer über die Grenzen in den Irak hinein- und aus dem Irak herausbringen.“

An der Landstraße, die von Dijalas Provinzhauptstadt Bakuba über die Stadt Mandali zur iranischen Grenze führt, hatten sunnitische Extremisten wiederholt schiitische Zivilisten massakriert. Sunniten aus Dijala behaupten dagegen, in dem Grenzgebiet operierten schiitische Milizionäre, die von Iran unterstützt würden.

#### **Bush: Iran droht die Region in den Schatten eines nuklearen Holocaust zu stellen**

In einer Rede vor Armeeveteranen in Reno (Bundesstaat Nevada) am 28. August warnte Präsident George W. Bush, sollten die USA ihre Truppen aus dem Irak zurückziehen, bestehe die Gefahr eines atomaren Holocaust durch Iran. Wörtlich sagte er: „Das aktive Streben Irans nach Technologie, die zu Atomwaffen führen könnte, droht eine ohnehin schon für Instabilität und Gewalt bekannte Region in den Schatten eines nuklearen Holocaust zu stellen.“ So sei Iran die Hauptgefahr für die Sicherheit aller Länder. Er habe der US-Militärführung im Irak die Befugnis erteilt, gegen Iraner vorzugehen, die schiitische Milizen mit Waffen versorgen. Das Militär werde Teherans „mörderischen Aktivitäten“ entgegentreten.

Politische Beobachter sind der Meinung, dass die Rede im Vorfeld des Berichts über die Lage im Irak, der in wenigen Tagen veröffentlicht werden soll, Angst erzeugen und die Entscheidung des Kongresses über den Abzug der US-Truppen verhindern soll.

Zu der Verbalattacke aus Washington erklärte Teheran, Bush versuche einmal mehr, Teheran zum Sündenbock für sein Scheitern im Irak zu machen. Bush sei der „einsamste Präsident der Welt“, schrieb die amtliche Nachrichtenagentur IRNA.

Teheran sieht die Präsenz der US-Truppen als Ursache für die Unruhe im Irak und fordert nach wie vor ihren Abzug. Iran sei nach den Worten von Präsident Ahmadinedschad in der Lage, nach dem Scheitern der USA im Irak das entstehende Vakuum zu füllen. Die politische Macht der Besatzer im Irak werde immer schneller zerstört, sagte Ahmadinedschad am 28. August. Sehr bald werde in der Region ein großes Vakuum auftreten. „Mit Hilfe unserer Freunde in der Region und im Irak sind wir bereit, diese Leere zu füllen.“ Ahmadinedschad forderte die US-Regierung auf, ihr eigenes Versagen sowie die Unabhängigkeit des Irak zu akzeptieren.

Indes wurde bekannt, dass US-Soldaten einen Tag nach Bushs Rede Mitglieder einer iranischen Handelsdelegation vorübergehend gefangengenommen haben. Die Teheraner Führung legte dagegen Protest ein. Der Vertreter der Schwei-

zer Botschaft, die die diplomatischen Interessen der USA im Iran vertritt, sei deswegen ins Außenministerium einbestellt worden, berichtete der iranische Sender Chabar. Außenamtssprecher Ali Hosseini verurteilte die Aktion als „erneutes unangemessenes Verhalten der USA“ und als Einmischung in die Beziehungen zwischen Iran und Irak.

Die iranische Nachrichtenagentur IRNA berichtete, US-Truppen seien am Vorabend in ein Hotel in Bagdad eingedrungen und hätten die Iraner vorübergehend in Gewahrsam genommen und verhört, da sie von sieben Irakern begleitet worden seien, die für ihre Schusswaffen keine Lizenzen besessen hätten. „Später wurde festgestellt, dass zwei Iraner Diplomatenvpässe hatten. Die Iraner wurden in Absprache mit der irakischen Regierung irakischen Beamten übergeben“, erklärte das US-Militär.

Der iranische Botschafter in Bagdad, Hassan Kasemi-Ghomi, bestätigte, dass die Iraner nach wenigen Stunden wieder freigelassen wurden. Die Mitarbeiter des Energieministeriums wollten nach Angaben aus Teheran in Bagdad ein Abkommen mit dem Irak unterzeichnen. Am 30. August bedauerte der Sprecher der US-Streitkräfte im Irak den Vorfall. Es sei nachträglich festgestellt worden, dass es sich bei den Iranern um eine Handelsdelegation gehandelt habe, die offiziell in den Irak eingereist sei. Er lehnte jedoch jeden Zusammenhang zwischen der Festnahme und der Rede Bushs ab.